

Verwaltungsbericht
über die Rechtspflege
des Kantons Uri
in den Jahren
2000 und 2001

März 2002

**Das Obergericht des Kantons Uri
an den Landrat des Kantons Uri**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

In Nachachtung von Art. 102 Abs. 2 KV wird Ihnen Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege im Kanton Uri in den Jahren 2000 und 2001 erstattet.

Das Obergericht empfiehlt den Rechenschaftsbericht Ihrem Interesse und ersucht Sie um dessen Genehmigung.

Altdorf, 8. März 2002

OBERGERICHT DES KANTONS URI

Der Präsident: R. Dittli
Der Gerichtsschreiber: G. Cantoni
Die Gerichtsschreiberin: B. Häfliger

Inhaltsverzeichnis

Seite

A Allgemeines

I	Gestaltung Bericht	4
II	Personelles	4
III	Geschäftslast	4
IV	Weiterbildung	5
V	Verschiedenes	5

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

I	Vermittler	6
II	Landgerichtspräsidenten	7
III	Landgerichte	9
IV	Obergericht	11
V	Staatsanwaltschaft	15
VI	Verhörerichter	15
VII	Jugendanwaltschaft	17
VIII	Jugendgericht	18

C Tätigkeit übriger Behörden

I	Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte	19
II	Kommission für die Prüfung der Anwälte und Notare	20
III	Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs	20
IV	Betreibungsämter	20
V	Konkursamt	21
VI	Schätzungskommission im Expropriationsverfahren	21

A Allgemeines

I Gestaltung Bericht

Der vorliegende Bericht lehnt sich in seiner Gestaltung an die drei letzten Berichte an. Wo bestehend, werden die gesetzlichen Begriffe verwendet. Aussagekräftige Vergleiche über die Tätigkeit der richterlichen Behörden über eine längere Zeitperiode sollen ermöglicht werden. Die Anzahl der Fälle vermag bestenfalls Anhaltspunkte für die Arbeitsbelastung zu geben. Die einzelnen Geschäfte verursachen sehr unterschiedlichen Aufwand. Von grösserer Bedeutung als die Anzahl Geschäfte sind deren Umfang und Komplexität. Dabei werden die Prozesse tendenziell komplexer. Dies hängt mit der zunehmenden Verrechtlichung unserer Gesellschaft und der Vielschichtigkeit unserer Lebensverhältnisse zusammen. Die Anforderungen an die Begründungsdichte eines Entscheides der Rechtsmittelinstanzen sind in der Regel höher. Diesem Bericht liegt wiederum ein separates Sach- und Gesetzesregister bei. Das Register umfasst aus Gründen eines zweckmässigen Arbeitsinstrumentes auch die Rechenschaftsberichte der drei letzten Vorperioden. Die Rechenschaftsberichte über die Rechtspflege des Kantons Uri sind ab dem Jahr 1970 auf Swisslex-Westlaw abrufbar. Die vorliegende Entscheidungssammlung enthält vor allem Entscheide, die der Rechtsfortbildung dienen sollen. Beabsichtigt ist, den bestehenden Internet-Auftritt des Obergerichtes des Kantons Uri im Frühling 2002 um eine Entscheidungssammlung zu erweitern.

II Personelles

Am 1. Juli 2000 hat lic. iur. Bruno Ulmi seine Tätigkeit als Staatsanwalt I aufgenommen. Lic. iur. Karl Stadler hatte auf Ende Juni 2000 demissioniert. Lic. iur. Hermann Näf ist per Ende August 2001 als Verhörer I zurückgetreten. Lic. iur. Astrid Rogenmoser wird Mitte Mai 2002 ihre Tätigkeit als Verhörerin I aufnehmen. Übergangsweise ist lic. iur. Hermann Näf in einem 50 %-Teilzeitarbeitsverhältnis weiterhin als Verhörer I tätig. Am 1. Oktober 2001 trat lic. iur. Bernadette Häfliger ihre Tätigkeit als neue Obergerichtsschreiberin an. Sie ersetzt lic. iur. Annatina Caviezel Tripathi, die auf Ende August 2001 ebenfalls zurücktrat. Infolge 50-prozentiger Arbeitsunfähigkeit des ordentlichen Gerichtsschreibers war lic. iur. Heinz Holzinger vom Juli bis Dezember 2001 in einem 50 %-igen Teilzeitarbeitsverhältnis beim Landgericht Uri als ausserordentlicher Landgerichtsschreiber tätig. In verschiedenen Gemeinden wurden die Vermittler- und Betreibungsämter oder deren Stellvertretung neu besetzt. Die personelle Zusammensetzung der richterlichen und der im Rechenschaftsbericht aufgeführten übrigen Behörden ergibt sich im Weiteren aus dem Staatskalender. Den zurückgetretenen Behördenmitgliedern gilt an dieser Stelle der nochmalige Dank für die geleisteten Dienste.

III Geschäftslast

Beim Landgericht Uri (Zivilrechtliche Abteilung) stehen nach wie vor zahlreiche umfangreiche ältere Geschäfte zur Erledigung an. Die Pendenzenlage hat wiederum in einzelnen Medien ihren Niederschlag gefunden. Zur Entlastung war während der Berichtsperiode Obergerichtsschreiber lic. iur. Gianpietro Cantoni neben seiner angestammten Tätigkeit als ausserordentlicher Landgerichtsschreiber im Einsatz. Verschiedene Verfahren konnten abgeschlossen werden. Im Nachgang zu entsprechenden Eingaben des Obergerichtes hat der Regierungsrat für den Zeitraum ab September 2000 bis Ende 2001 als weitere befristete Massnahme zur Entlastung des Landgerichtspräsidenten Uri einem erhöhten Einsatz der im Nebenamt tätigen Landgerichtsvizepräsidentin Uri zugestimmt. Neben ihrer angestammten Funktion als Vorsitzende der strafrechtlichen Abteilung war die Landgerichtsvizepräsidentin bis zu einem Arbeitspensum von insgesamt maximal 50 % in umschriebenen zivilrechtlichen Bereichen des Landgerichtes/Landgerichtspräsidiums Uri, zur Hauptsache im Familienrecht, tätig. Der bis Ende 2002 verlängerte vermehrte Einsatz der Landgerichtsvizepräsidentin als Zivilgerichtspräsidentin, hat eine spürbare Entlastung gebracht. Dabei hat das neue Scheidungsrecht mit seinen bundesrechtlich vorgeschriebenen Anhörungen und Wartefristen dem Landgericht/Landgerichtspräsidium Uri, wie anderen Gerichten in der Schweiz, einen Mehraufwand gebracht. Weil eine Scheidung nach dem neuen Recht erst nach einer Wartefrist von vier Jahren ausgesprochen werden kann, wenn ein Ehegatte an der Ehe festhalten will, sind für die

Zeit dieser Wartefrist verschiedene richterliche Anordnungen notwendig, welche eine ähnlich grosse Tragweite wie eine Scheidung haben. Das Obergericht hat dem Landgericht wiederum Kanzleipersonal zur Verfügung gestellt. Die angesprochene Pendenzenlage ist aber nach wie vor nicht haltbar. Es hat sich bestätigt, dass es ohne weitere Massnahmen mindestens drei bis vier Jahre dauert, bis hier eine annehmbare Pendenzenlage bestehen wird. Weitere Anstrengungen zum Abbau der angeführten Pendenzen innert nützlicher Frist sind notwendig. Das Obergericht wird im Rahmen seiner Fachaufsicht der Pendenzenlage weiterhin die nötige Aufmerksamkeit schenken und weiterführende Schritte unternehmen.

IV Weiterbildung

Im Rahmen des zeitlich Möglichen blieb die Weiterbildung wichtiges Anliegen. Entsprechende Veranstaltungen waren Rechtsfragen der Eingliederung Behinderter, aktuellen Fragen aus dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, dem öffentlichen Beschaffungswesen, dem neuen Sanktionenrecht im Rahmen der Revision des StGB, dem Wahlmodus von Richterinnen und Richtern und dem Besuch des Bundesgerichtes gewidmet. Je nach Thema nahmen jeweils verschiedene Mitglieder verschiedener Gerichtsinstanzen an den Veranstaltungen teil. Diese fanden ausserhalb des Kantons mit auswärtigen Referenten statt. Im Rahmen der kantonsinternen Weiterbildung nahmen die Mitglieder des Landgerichtes Ursern an zwei Veranstaltungen über ausgewählte Fragen aus der Praxis und über das neue Scheidungsrecht teil. Die Vermittler und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden zu einer Instruktion über das neue Gerichtsstandsgesetz eingeladen. Für die Betreibungsbeamtinnen und -beamten und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter fand eine Veranstaltung zu Fragen rund um das betreibungsrechtliche Existenzminimum statt.

V Verschiedenes

Die Justizdirektion war im Jahre 2001 eine der Schwerpunktdirektionen der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission. In diesem Rahmen besuchte deren Subkommission 2 unter dem Vorsitz von Dr. Hans Stadler im Juni das Obergericht des Kantons Uri, das Landgericht Uri, die Staatsanwaltschaft I und die Verhörer. Die Subkommission 2 bezeichnete die Gespräche als ausführlich und aufschlussreich.

Das Obergericht liess sich zu verschiedenen Gesetzesvorlagen vernehmen. Erwähnt seien auf bundesrechtlicher Ebene (in chronologischer Reihenfolge) das Bundesgesetz über die elektronische Signatur (BGES), das Bundesgesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr (Teilrevisionen des Obligationenrechts und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb) und die Vorentwürfe zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und zum Schweizerischen Jugendstrafverfahren. Auf kantonaler Ebene sind die neue Verordnung über die Strafvollzugsform der gemeinnützigen Arbeit, die Anwaltsverordnung und das kantonale Gesetz über den Umweltschutz anzuführen.

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

Die Reihenfolge der Behörden ergibt sich grundsätzlich aus dem GOG. Die Vergleichszahlen der letzten Berichtsperiode werden jeweils in Klammern angeführt. Enthielt die Statistik der letzten Berichtsperiode keine entsprechenden Zahlen, fehlen Klammern überhaupt. Bei den noch hängigen Geschäften handelt es sich um Verfahren, die sistiert worden sind, bei denen ein Beweisverfahren hängig ist oder die erst gegen Ende der Berichtsperiode eingegangen sind und daher in dieser nicht mehr zur abschliessenden Behandlung gelangen konnten. Als erledigt gilt ein Verfahren, wenn die motivierte Ausfertigung des Entscheides versandt ist oder feststeht, dass, wo zulässig, keine Motivierung erfolgen muss.

I Vermittler

Vermittlerstatistik

	Anzahl der durchgeführten Vermittlerverhandlungen		Ergebnis der Verhandlungen				Abschreibung Vermittlungsgesuche
			vermittelt		unvermittelt		
Altdorf	16	(9)	4	(1)	12	(8)	6
Andermatt	7	(9)	2	(7)	2	(2)	3
Attinghausen	-	(7)	-	(4)	-	(3)	1
Bauen	-	(2)	-	(1)	-	(1)	-
Bürglen	9	(4)	-	(3)	-	(1)	-
Erstfeld	20	(19)	3	(2)	13	(17)	4
Flüelen	5	(8)	2	(5)	3	(3)	2
Göschenen	2	(-)	2	(-)	-	(-)	-
Gurtellen	-	(1)	-	(-)	-	(1)	-
Hospental	3	(1)	-	(1)	2	(-)	1
Isenthal	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-
Realp	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-
Schattdorf	8	(4)	6	(3)	2	(1)	4
Seedorf	5	(2)	2	(1)	3	(1)	1
Seelisberg	1	(2)	1	(1)	-	(1)	-
Silenen	4	(5)	1	(1)	3	(4)	1
Sisikon	2	(3)	-	(-)	1	(3)	-
Spiringen	3	(1)	3	(1)	-	(-)	-
Unterschächen	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-
Wassen	-	(1)	-	(1)	-	(-)	1
Total	87	(78)	26	(32)	43	(46)	24

Es mussten 2 (-) Ordnungsbussen von Vermittlern ausgesprochen werden.

II Landgerichtspräsidenten

A Landgerichtspräsident Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
871	(928)	122	(120)	862	(926)	370	(366)	131	(122)

2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse		Abweisung		Gutheissung			
Personenrecht	-	(-)	1	(-)	-	(2)		
Familienrecht	35	(50)	3	(3)	77	(46)		
Erbrecht	-	(1)	-	(-)	-	(-)		
Sachenrecht	24	(68)	1	(4)	45	(50)		
Nebenerlasse zum ZGB	-	(-)	-	(-)	-	(-)		
Allgemeine Bestimmungen OR	1	(3)	-	(-)	-	(1)		
Arbeitsvertragsrecht	14	(21)	-	(1)	3	(-)		
Miet- und Pachtrecht	13	(15)	1	(2)	8	(6)		
Übriges Vertragsrecht	11	(14)	-	(-)	4	(3)		
Handelsrecht	3	(3)	-	(-)	-	(3)		
Wertpapierrecht	1	(5)	-	(-)	4	(5)		
Nebenerlasse zum OR	1		-		-			
Rechtshilfe	62	(56)	-	(-)	-	(-)		
Unentgeltliche Rechtspflege	5	(3)	4	(11)	50	(44)		
Sicherheitsleistungen	1	(1)	1	(1)	-	(1)		
Vorsorgliche Beweisabnahme	1	(1)	-	(-)	-	(-)		
Allgemeine Verbote	4	(3)	-	(2)	15	(7)		
Vollstreckungen	2	(1)	-	(-)	3	(5)		
Rechtsöffnungsverfahren	100	(93)	31	(30)	68	(120)		
Konkursverfahren	125	(82)	-	(2)	84	(89)		
Nachlassverfahren/Notstundung	-	(2)	-	(-)	10	(10)		
Arrest	-	(2)	-	(1)	4	(8)		
Klagen im Zusammenhang SchKG	8	(4)	-	(-)	2	(-)		
Haftentlassung/-verlängerung	1	(7)	2	(1)	5	(8)		
Überwachung gemäss StPO 133	-	(-)	-	(-)	3	(7)		
Haftfälle nach ANAG	2	(1)	-	(-)	16	(16)		
Übrige Verfahren	2	(1)		(-)	1	(-)		
Total			416	(437)	44	(58)	402	(431)

B Landgerichtsvizepräsidentin Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
40	(39)	2	(2)	42	(39)	-	(-)	-	(2)

2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Abschreibung		Abweisung Nichteintreten		Gutheissung	
Rekurse gegen Verfügungen des Ver- hörrichters und des Staatsanwaltes	2	(2)	8	(5)	5	(1)
Amtliche/notwendige Verteidigungen	2	(2)	1	(2)	16	(20)
Weitere nach Strafprozessordnung	-	(-)	-	(-)	8	(7)
Total	4	(4)	9	(7)	29	(28)

C Landgerichtspräsident Ursern

1. Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
56	(47)	12	(2)	56	(37)	16	(-)	12	(12)

2. Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Abweisung Nichteintreten		Gutheissung	
Eherecht	1	(-)	-	(1)	7	(1)
Sachenrecht	1	(1)	2	(7)	9	(3)
Mietrecht	2	(2)	1	(3)	2	(-)
Arbeitsvertragsrecht	3	(1)	-	(1)	1	(-)
Schuldbetreibung und Konkurs	5	(1)	4	(4)	7	(5)
Andere	-	(2)	4	(2)	7	(3)
Total	12	(7)	11	(18)	33	(12)

III Landgerichte

A Landgericht Uri

1. Zivilrechtliche Abteilung

1.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
66	(152)	62	(54)	69	(144)	17	(103)	59	(62)

1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse		Abweisung		Gutheissung	
Familienrecht	20	(7)	-	(-)	3	(97)
Erbrecht	-	(3)	-	(-)	-	(-)
Sachenrecht	6	(7)	-	(-)	-	(-)
Miet- und Pachtrecht	1	(1)	-	(-)	-	(-)
Arbeitsvertragsrecht	11	(8)	-	(-)	-	(1)
Übriges Vertragsrecht	6	(9)	1	(-)	1	(1)
Handelsrecht	-	(2)	-	(-)	-	(-)
Nebenerlasse zum OR	-	(1)	-	(-)	-	(-)
Übriges Privatrecht	2		-		-	
Schuldbetreibung und Konkurs	15	(3)	-	(-)	-	(-)
Ehrverletzung (Art. 173-178 StGB)	3	(2)	-	(-)	-	(2)
Total	64	(43)	1	(-)	4	(101)

2. Strafrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Anklagen	113	(125)	15	(27)	114	(137)	48	(97)	14	(15)
Gesuche										
• Umwandlung Busse in Haft (BUW)	11	(53)	3	(12)	10	(62)	-	(-)	4	(3)
• andere nach- trägliche rich- terliche An- ordnungen (StPO)	16	(11)	-	(-)	15	(11)	-	(-)	1	(-)
Total	140	(189)	18	(39)	139	(210)	48	(97)	19	(18)

2.2 Art der Erledigung

Anklagen

Abschreibung Einstellung		Verurteilung		teilweiser Freispruch		Vollständiger Freispruch	
39	(38)	58	(89)	2	(1)	15	(9)

Gesuche

Abschreibung		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
6	(8)	-	(8)	19	(57)

2.3 Rechtsgebiete*

StGB	33	(35)
SVG	70	(87)
BetmG	-	(7)
ANAG	-	(-)
JSG	1	(2)
Andere	10	(6)
Total	114	(137)

* Hauptstrafatbestände der erledigten Anklagen.

B Landgericht Ursern

1. Zivilgericht

1.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
7	(3)	2	(3)	5	(4)	1	(-)	4	(2)

1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Abweisung Nichteintreten		Gutheissung	
Eherecht	-	(-)	-	(-)	1	(2)
Forderungen	1	(-)	1	(-)	2	(1)
Schuldbetreibung und Konkurs	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Andere	-	(-)	-	(1)	-	(-)
Total	1	(-)	1	(1)	3	(3)

2. Strafgericht

2.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
13	(15)	7	(2)	18	(10)	7	(8)	2	(7)

2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Abweisung Nichteintreten		Gutheissung	
StGB	-	(-)	-	(-)	1	(1)
SVG	8	(2)	1	(-)	6	(6)
Kantonales Recht	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Andere	-	(-)	-	(1)	2	(-)
Total	8	(2)	1	(1)	9	(7)

IV Obergericht

1. Gesamtgericht

Rechtsfälle waren keine zu entscheiden.

2. Zivilrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Berufungen	10	(5)	4	(2)	8	(3)	-	-	6	(4)
Rekurse	23	(44)	4	(5)	20	(45)	4	-	7	(4)
Klagen	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Gesuche	-	(1)	-	(1)	-	(2)	-	-	-	(-)
Revision	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-	-	-	(-)
Total	35	(50)	8	(8)	30	(50)	4	-	13	(8)

2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Ehe- und Kindesrecht	2	(-)	-	(-)	1	(1)	2	(2)
Sachenrecht	-	(1)	3	(1)	4	(-)	-	(-)
Kaufrecht	-	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)
Mietrecht	-	(-)	-	(-)	-	(3)	-	(-)
Arbeitsvertragsrecht	-	(-)	-	(-)	3	(-)	1	(-)
Zivilprozessrecht	-	(2)	-	(3)	-	(2)	1	(4)
Schuldbetreibung und Konkurs	1	(2)	5	(7)	2	(5)	2	(8)

unentgeltliche Rechts- pflege	-	(1)	-	(-)	-	(2)	-	(4)
Andere	-	(1)	1	(1)	1	(-)	-	(-)
Total	3	(7)	9	(12)	12	(13)	6	(18)

2.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 4 (-) Berufungen, davon eine Anschlussberufung eingereicht. Auf 1 (-) Berufung wurde nicht eingetreten, 1 (-) wurde abgewiesen und 2 (-) wurden teilweise gutgeheissen. Es wurde 1 (2) staatsrechtliche Beschwerde erhoben, auf die das Bundesgericht nicht eintrat.

3. Strafrechtliche Abteilung

3.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Berufungen	24	(24)	5	(6)	18	(25)	3	(6)	11	(5)
Gesuche	-	(2)	-	(-)	-	(2)	-	(-)	-	(-)
Revisionen	1		-		1		-		-	
Total	25	(26)	5	(6)	19	(27)	3	(6)	11	(5)

3.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Rückzug Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
StGB	-	(1)	-	(-)	6	(2)	1	(2)
SVG	3	(3)	1	(-)	3	(8)	1	(4)
BetmG	-	(-)	-	(-)	1	(4)	-	(1)
Andere	1	(-)	-	(-)	-	(-)	2	(2)
Total	4	(4)	1	(-)	10	(14)	4	(9)

3.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 7 (6) Nichtigkeits- und 8 (6) staatsrechtliche Beschwerden erhoben, davon in 6 (3) Fällen beides. Das Bundesgericht wies 2 Nichtigkeitsbeschwerden ab, hiess 1 gut und schrieb 3 als gegenstandslos ab. 2 staatsrechtliche Beschwerden wurden abgewiesen, 4 wurden ganz oder teilweise gutgeheissen und 1 wurde als gegenstandslos abgeschrieben. 1 (2) Nichtigkeits- und 1 (2) staatsrechtliche Beschwerde sind noch hängig.

4. Verwaltungsrechtliche Abteilung

4.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Beschwerden	82	(159)	49	(51)	91	(161)	40	(49)
Klagen	5	(10)	9	(2)	9	(3)	5	(9)
Gesuche	3	(1)	-	(-)	3	(1)	-	(-)
Total	90	(170)	58	(53)	103	(165)	45	(58)

4.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

a Sozialversicherungsrecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
AHVG	2	(9)	-	(-)	-	(3)	10	(-)	3	(9)
IVG	7	(12)	-	(3)	5	(7)	5	(7)	9	(13)
KVG	1	(4)	-	(-)	1	(1)	-	(-)	-	(1)
UVG	-	(3)	-	(-)	4	(6)	5	(1)	2	(7)
AVIG	1	(13)	1	(4)	1	(10)	1	(3)	2	(1)
BVG	-	(-)	-	(-)	-	(2)	-	(-)	2	(-)
Andere	2	(1)	-	(-)	1	(-)	-	(-)	-	(-)
Total	13	(42)	1	(7)	12	(29)	21	(11)	18	(31)

b Abgaberecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
BdBSt/DBG	6	(5)	-	(-)	2	(3)	1	(1)	3	(4)
StG	8	(10)	-	(-)	2	(2)	3	(2)	5	(7)
GS-Schätzung	-	(1)	-	(2)	-	(2)	-	(-)	3	(2)
GGStG	-	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)	2	(1)
Total	14	(16)	-	(2)	5	(7)	4	(3)	13	(14)

c Andere

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/ teilweise Gutheissung		pendent	
Administrativmass. (SVG)	-	(-)	-	(-)	2	(-)	-	(1)	-	(1)
Ausländerrecht	2	(4)	-	(-)	5	(19)	5	(3)	2	(5)
Bau-/Raumplanungsrecht	2	(-)	-	(-)	3	(3)	-	(-)	3	(3)
Bäuerlicher Grundbesitz	-	(1)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Schulwesen	2	(1)	-	(-)	1	(-)	1	(-)	2	(-)
Stipendien	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Submission	1	(3)	-	(-)	1	(2)	3	(1)	2	(1)
Ökologisches Gleichgew.	1	(1)	-	(-)	-	(3)	-	(-)	-	(-)
Verfahrensrecht	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Verwaltungsrechtspflege	-	(1)	1	(-)	1	(1)	-	(-)	-	(-)
Verschiedene	1	(1)	-	(1)	1	(2)	-	(-)	5	(3)
Total	9	(12)	1	(1)	14	(30)	9	(5)	14	(13)

4.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 2 (2) Verwaltungsgerichtsbeschwerden beim Bundesgericht eingereicht. 2 (1) Beschwerden wurden abgewiesen, davon 1 aus der Vorperiode. 1 (1) Verfahren ist noch hängig.

Beim Eidgenössischen Versicherungsgericht wurden 4 (9) Verwaltungsgerichtsbeschwerden eingelegt. Die 4 Beschwerden aus der Vorperiode und der vorletzten Periode wurden erledigt. 4 (7) Beschwerden wurden abgewiesen. 2 (3) Beschwerden wurden gutgeheissen. 2 (4) Verfahren sind noch hängig.

Staatsrechtliche Beschwerden wurden 6 (7) beim Bundesgericht eingereicht. 4 (4) Beschwerden wurden abgewiesen, 1 (2) Beschwerde wurde teilweise gutgeheissen. 1 (-) Verfahren ist noch hängig.

5. Jugendgerichtskommission

Die Jugendgerichtskommission hatte wie in der Vorperiode keine Geschäfte zu erledigen.

6. Obergerichtspräsidium

6.1 Zivilprozess

Es wurden 8 (9) Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege sowie 2 (1) Gesuche um Sicherheitsleistung und 1 (-) Gesuch um Erteilung der aufschiebenden Wirkung eingereicht. Die 3 Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege aus der Vorperiode wurden erledigt. Die beiden Gesuche um Sicherheitsleistung wurden abgeschrieben, das (1) Gesuch um Erteilung der aufschiebenden Wirkung wurde abgewiesen. 1 (1) Gesuch um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege wurde abgeschrieben, auf 2 (-) Gesuche wurde nicht eingetreten, 1 (1) Gesuch wurde abgewiesen und 3 (4) Gesuche wurden ganz oder teilweise gutgeheissen. 4 (3) Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege sind noch hängig.

6.2 Strafprozess

In der Berichtsperiode wurden 2 (11) Rekurse erhoben. Davon war bei 1 (7) Rekurs die Umwandlung von Busse in Haft Prozessthema und bei 1 (-) die Bestellung eines amtlichen Verteidigers. Beide Rekurse wurden abgewiesen. Aus der Vorperiode wurde 1 (-) Rekurs betreffend Entschädigung für notwendige Verteidigung abgewiesen und 1 (-) teilweise gutgeheissen sowie 2 (-) Rekurse betreffend nachträgliche richterliche Anordnung gutgeheissen. Betreffend Entschädigung für notwendige Verteidigung trat das Bundesgericht auf 1 (-) Nichtigkeitsbeschwerde nicht ein, 1 (-) staatsrechtliche Beschwerde wies es ab.

Es wurden 9 (6) Gesuche um Beigabe eines amtlichen oder notwendigen Verteidigers oder um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege gestellt. 5 (2) Gesuche wurden abgewiesen und 3 (3) wurden gutgeheissen. 1 (-) Gesuch um Beigabe eines amtlichen Verteidigers ist noch hängig.

V Staatsanwaltschaft

1. Tätigkeit

Strafbefehlsverfahren	1937	(1920)
Einstellungsverfahren	571	(538)
Verwarnungen (BetmG)	0	(6)
Verfahren vor den Landgerichten	117 *	(160 **)
Strafverfahren vor Obergericht	26 ***	(26)
Strafverfahren vor Bundesgericht	6	(12)
Bussenumwandlungsverfahren	195	(153)
Vorzeitige Löschungen im Strafregister (Art. 201 StPO)	-	(4)
Total	2852	(2819)

* davon 4 Einsprachen gegen Bussenumwandlungsverfügungen

** davon 22 Einsprachen gegen Bussenumwandlungsverfügungen

*** davon 1 Rekurs gegen eine Bussenumwandlungsverfügung

2. Bemerkungen

Seit Herbst 2000 werden Einträge ins vollautomatische Strafregister (VOSTRA) sowie diesbezügliche Mutationen (z.B. vorzeitige Löschung eines Eintrags, Verwarnung/Verlängerung der Probezeit bei Rückfall etc.) durch die Staatsanwaltschaft vorgenommen. Von den im Jahr 2001 erlassenen Strafbefehlen (1077) waren rund die Hälfte eintragungspflichtige Verurteilungen. Seit dem Jahr 1999 ist eine jährliche Zunahme der bei der Staatsanwaltschaft zur Beurteilung eingegangenen Fälle (inkl. Bussenumwandlungsverfahren) von rund 8 % zu verzeichnen.

VI Verhörerichter

1. Allgemeines

Die Geschäfte wurden bis August 2001 durch einen hauptamtlichen und einen nebenamtlichen Verhörerichter (ca. 60%), sowie durch das Sekretariat erledigt. Der hauptamtlich tätige Verhörerichter trat auf Ende August 2001 zurück, war aber seither noch in einem 50% Pensum tätig, weil die Nachfolge erst ab Mai 2002 geregelt werden konnte.

2. Tätigkeit

2.1 Eingelangte Untersuchungsgeschäfte

insgesamt	739	(830)
- Rechtshilfe für auswärtige Amtsstellen	114	(103)
- Amtliche Untersuchungen nach ZPO	-	(-)
- Nichteröffnungen	18	(33)
- Gerichtsstand	4	(1)

2.2. Haftfälle

- männliche	18	(36)
- weibliche	-	(3)

2.3 Tatbestandsgruppen der Untersuchungsgeschäfte

a) StGB

Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben		
- Vorsätzliche Tötung	2	(-)
- Fahrlässige Tötung	4	(11)
- Körperverletzung (inkl. Tätlichkeiten)	49	(39)
- Gefährdung des Lebens	3	(3)
Delikte gegen das Vermögen	91	(153)
Delikte gegen die Freiheit	30	(34)
Delikte gegen die Familie	2	(5)
Delikte gegen die sexuelle Integrität	15	(41)
Gemeingefährliche Delikte	12	(14)
Urkundenfälschung	5	(27)
andere Delikte	28	(17)

b) andere Bundesgesetze

SVG	195	(206)
ARV	11	(5)
SDR	5	(11)
BetmG	15	(13)
ANAG	34	(10)
Lotterieverordnung	-	(2)
verschiedene	38	(33)

c) kantonales Recht

	10	(11)
--	----	------

d) ausserordentliche Todesfälle

Selbsttötung		
- männlich	9	(14)
- weiblich	2	(-)
tödliche Bergunfälle	13	(11)
andere Unfälle	5	(17)

e) andere Todesursache

	25	(16)
--	----	------

3. Bemerkungen

Erstmals basiert die Statistik der Verhörer auf einer elektronischen Geschäftskontrolle. Bei der Einführung der neuen Geschäftskontrolle wurde angestrebt, den Aufwand für die Datenerfassung gering zu halten. Ein Geschäft nach heutiger Erfassungsart kann deshalb zwei oder mehreren Geschäften gemäss früherer Praxis entsprechen. Analoges gilt für die Pendenzen. Auch wenn ein direkter Vergleich der aktuellen Zahlen mit jenen der Vorperiode nicht möglich ist, kann ein leichter Rückgang der Geschäfte festgestellt werden. Markant ist die Abnahme bei den Haftfällen.

VII Jugendanwaltschaft

1. Allgemeines

In der Berichtszeit 2000/01 wird erneut eine Zunahme der strafbaren Handlungen festgestellt. Angestiegen ist vor allem der Bereich der Strassenverkehrsdelikte. Parallel dazu sind auch die Verurteilungen von Kindern im Alter von 7 - 15 Jahren angestiegen, im Gegensatz zu den Verurteilungen von Jugendlichen im Alter zwischen 15 - 18 Jahren. Im Bereich der Eigentumsdelikte ist eine Zunahme an Sachbeschädigungen zu verzeichnen, wobei hier meistens mehrere Jugendliche in Gruppen auftraten.

Im Sanktionenbereich wurden vermehrt Arbeitsleistungen ausgesprochen. Durch die Ansteigung im Bereich der Strassenverkehrsdelikte ist auch eine Zunahme von Teilnehmern und Teilnehmerinnen am Verkehrsunterricht zu verzeichnen.

Von nachfolgend aufgeführten pendenten Fällen sind 15 (10) strafrechtlich erledigt, der Strafvollzug jedoch noch nicht abgeschlossen.

2. Tätigkeit

2.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
312	(208)	15	(41)	288	(234)	39	(15)

2.2 Art der Erledigung

Strafverfügungen	234	(165)
Einstellungsverfügungen	35	(32)
Überweisung nach Art. 372 StGB	9	(9)
Überweisung an den Verhörrichter	-	(1)
Überweisung an das Jugendgericht	-	(-)
kein Strafverfahren eröffnet	10	(27)

2.3 Art der Massnahmen oder Strafen

Verweise	37	(21)
Busse bedingt	17	(16)
Bussen	33	(20)
Arbeitsleistungen	54	(39)
Erziehungsmassnahmen	3	(1)
Absehen von Massnahmen oder Disziplinarstrafen	9	(15)
Verkehrsunterricht	82	(53)
Vollzug bedingt ausgesprochene Busse	-	(3)
Aufschub der Strafe oder Massnahme	1	(1)

2.4 Alter der Verurteilten

Kinder (7. - 15. Altersjahr)	171	(116)
weiblich	37	(31)
männlich	134	(85)
Jugendliche (15. - 18. Altersjahr)	114	(118)
weiblich	16	(18)
männlich	98	(100)

2.5 Delikte

StGB	87	(117)
SVG	177	(143)
BetmG	15	(14)
ANAG	2	(1)
Andere	23	(11)

3. Bemerkung

Ein Verfahren gilt erst mit Abschluss der Vollzugsmassnahme als erledigt.

Die mehrfache Begehung eines Deliktes (z. B. mehrfache Sachbeschädigung) durch ein Kind oder durch einen Jugendlichen wird in der Statistik nur einfach aufgeführt (Ziff. 2.5).

VIII Jugendgericht

Beim Jugendgericht wurde in dieser Berichtsperiode kein (1) Straffall anhängig gemacht. Es musste kein Fall entschieden werden.

C Tätigkeit übriger Behörden

Als übrige Behörden gelten nichtrichterliche Behörden, die durch das Obergericht gewählt werden oder unter dessen Aufsicht stehen.

I Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte

1. Aufsicht über die richterlichen Behörden

Es wurden 11 (9) Aufsichtsbeschwerden eingereicht. 3 (-) Verfahren wurden aus der Vorperiode übernommen. 2 (2) Beschwerden wurden abgeschrieben, 10 (4) wurde keine weitere Folge geleistet, 2 (-) wurde Folge gegeben. 2 (1) Aufsichtsverfahren wurden von Amtes wegen eingeleitet. Beide (1) konnten geschlossen werden. Disziplinar massnahmen mussten keine (-) verfügt werden. Auf 1 (-) staatsrechtliche Beschwerde trat das Bundesgericht nicht ein.

10 (2) Ausstandsstreitigkeiten wurden bei der Aufsichtskommission anhängig gemacht. 1 (-) Verfahren wurde aus der Vorperiode übernommen. 3 (-) Gesuche konnten abgeschrieben werden, 6 (1) Gesuche wurden abgewiesen und 1 (-) Gesuch wurde gutgeheissen. 1 (1) Gesuch musste auf die neue Berichtsperiode übertragen werden.

1 (-) Klage wegen Ehrverletzung konnte abgeschrieben werden.

Eine Delegation der Aufsichtskommission prüfte im Rahmen der Fachaufsicht in den Berichtsjahren die Geschäftsführung der richterlichen Behörden.

2. Aufsicht über die Rechtsanwälte

Betreffend im Kanton Uri berufstätige Rechtsanwälte wurden 3 (-) Aufsichtsbeschwerden eingereicht. Den Beschwerden wurde keine weitere Folge gegeben. 1 (1) Aufsichtsverfahren wurde von Amtes wegen eingeleitet, 1 (-) entsprechendes Verfahren wurde aus der Vorperiode übernommen. Beide Verfahren (-) konnten geschlossen werden. 1 (-) gegen einen ausserkantonalen Rechtsanwalt gerichtete Aufsichtsbeschwerde wurde an die zuständige Behörde überwiesen. 1 (-) Gesuch um Entbindung vom Anwaltsgeheimnis wurde gutgeheissen. Es wurden 2 (-) Änderungen des Reglements über die Notariats- und Anwaltsprüfung beschlossen.

3. Erteilung des kantonalen Anwaltspatentes

In der Berichtsperiode wurde lic. iur. Thomas Imholz, von Isenthal, in Altdorf, lic. iur. Marcel Wyrsh, von Attinghausen, in Flüelen, und lic. iur. Romana Bossi Bisatz, von Scuol GR, Glarus GL und Brienz GR, in Flüelen, das ernerische Anwaltspatent erteilt. 4 (1) Praktikanten wurde für die Praktikumsdauer die Parteivertretung vor Gericht bewilligt.

4. Erteilung der Bewilligung zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufes

In der Berichtsperiode wurden 93 (119) generelle Berufsausübungsbewilligungen an Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mit ausserkantonalem Patent erteilt.

II Kommission für die Prüfung der Anwälte und Notare

In der Berichtsperiode erfolgten 9 (2) Anmeldungen zur Anwalts- und 6 (3) Anmeldungen zur Notariatsprüfung. In 3 (1) Fällen wurde die Anwaltsprüfung bestanden. In 5 (1) Fällen wurde die Anwaltsprüfung nicht bestanden, davon in 2 (-) Fällen zum zweiten Mal nicht. 1 (-) Verwaltungsgerichtsbeschwerde ist beim Obergericht noch hängig. Ebenso ist 1 (-) Anmeldung zur Anwaltsprüfung noch hängig. In 2 (2) Fällen wurde die Notariatsprüfung bestanden, in 4 (1) Fällen nicht, in 1 (-) Fall dabei zum zweiten Mal nicht.

III Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs

1. Beschwerden, Gesuche und Aufsichtsanzeigen

In der Berichtsperiode wurden 15 (14) Beschwerden nach Art. 17 SchKG eingereicht. 9 (11) Beschwerden richteten sich gegen Verfügungen des Betreibungsamtes, 3 (2) gegen Verfügungen des Konkursamtes Uri und 3 (1) Beschwerden richteten sich gegen andere. Weiter wurden 3 (2) aus der Vorperiode übernommene Beschwerden erledigt.

Beschwerdeerledigung

Abschreibung/ Überweisung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent		Total	
14	(7)	4	(4)	-	(1)	-	(1)	-	(3)	18	(16)

Auf 1 (-) Gesuch um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege wurde nicht eingetreten. 1 (1) Gesuch aus der Vorperiode um Benützung eines EDV-Programmes ist noch hängig.

2 (4) Aufsichtsanzeigen wurden eingereicht. 1 (4) Verfahren konnte geschlossen werden. 1 (-) Verfahren ist noch hängig. Disziplarmassnahmen mussten keine (-) getroffen werden.

2. Prüfung Geschäftsführung

Eine Delegation der Aufsichtsbehörde prüfte in den Berichtsjahren die Geschäftsführung der 20 (20) Betreibungsämter sowie des Konkursamtes. Die Prüfung zeigte allgemein wiederum eine gute bis sehr gute Amtsführung.

IV Betreibungsämter

1. Tätigkeiten nach SchKG

Die Geschäftslast ergibt sich aus der Betreibungsstatistik.

Betreibungsamt	Zahlungsbefehle		Pfändungs- ankündigungen		Pfändungen		Verwertungs- begehren		Konkursan- drohungen	
	00/01	98/99	00/01	98/99	00/01	98/99	00/01	98/99	00/01	98/99
Altdorf	3129	(2621)	1703	(1417)	1811	(1445)	1128	(1119)	148	(117)
Andermatt	455	(360)	278	(220)	173	(116)	65	(46)	31	(3)
Attinghausen	283	(249)	153	(145)	112	(80)	47	(44)	13	(2)
Bauen	11	(99)	5	(69)	5	(58)	2	(18)	0	(6)
Bürglen	515	(507)	220	(303)	148	(218)	69	(96)	4	(5)
Erstfeld	1047	(793)	652	(480)	449	(319)	196	(119)	15	(15)
Flüelen	632	(651)	386	(431)	162	(201)	3	(2)	26	(27)
Göschenen	112	(75)	36	(22)	23	(11)	0	(-)	0	(-)
Gurtellen	156	(201)	103	(160)	83	(81)	22	(24)	2	(7)
Hospental	38	(15)	9	(7)	0	(4)	0	(2)	0	(-)
Isenthal	58	(53)	11	(8)	0	(-)	1	(-)	1	(-)
Realp	36	(22)	19	(1)	12	(-)	0	(-)	0	(-)
Schattdorf	601	(693)	238	(241)	67	(131)	4	(7)	7	(7)

Seedorf	308	(230)	159	(109)	84	(46)	39	(48)	10	(6)
Seelisberg	49	(54)	3	(2)	0	(-)	0	(4)	0	(-)
Silenen	408	(326)	145	(120)	97	(87)	71	(50)	2	(1)
Sisikon	54	(97)	27	(50)	19	(40)	10	(22)	0	(-)
Spiringen	77	(116)	50	(31)	24	(19)	12	(3)	0	(-)
Unterschächen	47	(53)	28	(16)	0	(-)	0	(-)	0	(-)
Wassen	181	(158)	69	(81)	59	(62)	0	(1)	4	(-)
Total	8197	(7373)	4294	(3913)	3328	(2918)	1669	(1605)	263	(196)

2. Weitere Tätigkeiten

Die Betreibungsämter führten auch in der vorliegenden Berichtsperiode das Eigentumsvorbehaltsregister sowie das Viehverschreibungsprotokoll.

V Konkursamt

Beim Konkursamt gingen in der Berichtsperiode 29 (34) Konkurse ein. Mit den aus der Vorperiode übernommenen Verfahren konnten 27 (38) Verfahren abgeschlossen werden, so dass 5 (11) Verfahren noch nicht erledigt werden konnten. Die Verluste aus ordentlichen und summarischen Konkursverfahren betrugen im Jahre 2000 Fr. 11'028'521.37 (1998: Fr. 6'814'773.65) und 2001 Fr. 8'039'884.70 (1999: Fr. 14'265'741.15), somit Total Fr. 19'068'406.07 (Fr. 21'080'514.80). Zudem ging beim Konkursamt 1 (5) Rechtshilfebegehren ein, welches erledigt werden konnte.

Es kann festgestellt werden, dass auch im Kanton Uri - dem schweizerischen Trend folgend - in der Berichtsperiode weniger Konkursverfahren eröffnet wurden und diese Tendenz weiter anhält.

VI Schätzungskommission im Expropriationsverfahren

In der Berichtsperiode musste die Schätzungskommission im Expropriationsverfahren nicht tätig werden.